

Mainspitze 17. März 2012

Ja zum Grundkonsens

ENERGIEWENDE Verein will Kommunalpolitik in die Pflicht nehmen

RÜSSELSHEIM (yan). Am Donnerstagabend fand im Restaurant „Bootshaus“ die Jahreshauptversammlung des Vereins „Energiewende“ statt. Der Bericht des Vorstands, vorgetragen von der Vorsitzenden von „Energiewende“, Heike Muster, ließ die Aktionen des letzten Jahres Revue passieren. Der Verein hatte beispielsweise letztes Jahr vor den Kommunalwahlen und zur Oberbürgermeisterwahl Podiumsdiskussionen mit den Kandidaten durchgeführt und sie auf die Wichtigkeit der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien aufmerksam gemacht. Zudem war der Verein stark an Kundgebungen zum Atomausstieg unter dem Motto „Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt!“ in Rüsselsheim und Biblis beteiligt. Als Erfolg wurde gewertet, dass die acht ältesten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet wurden.

Als Ausblick für nächstes Jahr sammelten die 14 anwesenden Mitglieder des 28-köpfigen Vereins Ideen für zukünftige Aktionen und Ausflüge. Als wichtiger Punkt hierbei stellte sich heraus, dass der Verein den neuen Oberbürgermeister Patrick

GEWÄHLT

► Bei den Vorstandswahlen wurden Heike Muster als 1. Vorsitzende, Hans-Dieter Scherer-Gerbig als 2. Vorsitzender und Jürgen Eick als Kassierer wiedergewählt. Als Kassenprüfer wurden Matthias Diehl und Matthias Schweitzer gewählt.

Burghardt und die Stadtregierung bei einer Veranstaltung an ihr Energiekonzept für Rüsselsheim von der Diskussion vor den Wahlen erinnern will, um sie in die Pflicht zu nehmen.

Nach dem offiziellen Ende der Jahreshauptversammlung wurde die Diskussionsveranstaltung zum Thema „Maßnahmenkonzept der Hessischen Landesregierung zur Umsetzung des Energiegipfels“ gestartet. Unter Leitung von Heike Muster diskutierten die Mitglieder des Vereins mit Rüdiger Schweer von der Stabsstelle Energie im Hessischen Umweltministerium und mit Michael Rothkegel, dem Geschäftsführer von BUND in Hessen. Beide Gäste begannen mit einer Computer-Präsentation. Schweer

stellte die Ergebnisse des parteiübergreifenden Energiegipfels vor. Hierbei stand das Ziel, bis 2050 in Hessen 100 Prozent erneuerbare Energie zu produzieren, im Vordergrund. Dieses große Ziel könne jedoch nur erreicht werden, wenn bis dahin der Energieverbrauch deutlich gesenkt werde. Deshalb sei ein weiteres wichtiges Ziel, die Energieeffizienz zu erhöhen und Energie, beispielsweise mit Wärmedämmung, zu sparen. Rothkegel zeigte daraufhin aus Sicht des BUND einige Mängel des Energiegipfels auf. Beispielsweise sei ein Neubau des Kohlekraftwerks Block 6 Staudinger geplant, oder die Kommunen seien noch zu eingeschränkt in ihrer Energiewirtschaft.

Der BUND habe jedoch beim Energiegipfel zugestimmt, damit ein Grundkonsens geschaffen werde, mit dem man arbeiten könne. Auf die Frage, ob die gesteckten Ziele realistisch seien, waren sich beide Referenten einig, dass es sehr schwer werde, sie zu erreichen. Rothkegel war jedoch der Überzeugung, man müsse sich Ziele setzen, auch wenn sie kaum zu erreichen seien, damit aktiv darüber nachgedacht und gehandelt werde.

„An den Verkehr will keiner richtig ran“

ENERGIEWENDE Umweltministerium und BUND zum hessischen Energiegipfel – Hauptversammlung bestätigt Vorstand

Die vom Bundestag beschlossene Wende zu erneuerbaren Energien sieht der Verein „Energiewende“ blockiert. Es sei sogar eine Kehrtwende zu beobachten. Daher war die Hauptversammlung mit der Diskussion der Ergebnisse des hessischen Energiegipfels verbunden.

Unter den Schwerpunkten des Vorjahres hatte Vorsitzende Helke Muster die den Parteien zur Wahl vorgelegten energiepolitischen Prüfsteine genannt. An diese sollten alle politisch Handelnden, so auch der neuen OB, erinnert und rechtzeitig zur Haushaltsberatung die Umsetzung angemahnt werden, wurde aus dem Mitgliederkreis ange-regt.

Um Dynamik in die Energie-debatte zu bringen, hat der Verein die Internetseite durch einen Blog ersetzt. Damit sei die publizistische Wirkung deutlich erhöht worden, bilanziert Muster. Einzelne Beiträge seien schon

mehr als 1000 Mal aufgerufen worden. Aufgrund angesparter Mittel könne sich „Energiewende“ in diesem Jahr wieder eine größere Veranstaltung leisten, bilanzierte Kassierer Jürgen Eick. Bei den Wahlen wurde der dreiköpfige Vorstand bestätigt.

Verkehrssektor bleibt ausgeklammert

Aus zwei Blickwinkeln wurden die im November präsentierten Ergebnisse des hessischen Energiegipfels bewertet. Die Ziele und Handlungsfelder skizzierte dabei Rüdiger Schweer vom Umweltministerium. Erstaunen löste dabei der Hinweis aus, dass der Verkehrssektor nur 45 Prozent des Endenergieverbrauchs im Lande ausgeklammert blieb. Hier spielen der Transitverkehr auf der Straße und der größte deutsche Flughafen in Frankfurt eine wesentliche Rolle.

Dies war auch der erste Kritik-punkt, den Michael Rothkegel vom BUND, der am Gipfel betei-

ligt war, vorbrachte. „An den Verkehr traut sich keiner richtig ran“, kommentierte er. Eingriffe in diesen Sektor seien „ein mühseliges Geschäft“, sagte Schweer, wobei aber auch er es unverstündlich fand, dass etwa der Luftverkehr von der Kerosinsteuer verschont werde. Zur derzeit viel gepriesenen Elektromobilität wies Rothkegel darauf hin, dass es sie mit Straßenbahnen schon mehr als 100 Jahre gebe, doch dass immer noch zu viel in Straßen statt in den öffentlichen Nahverkehr investiert werde. Als positiven Vorstoß nannte Eick die Odenwaldbahn, die reaktiviert und modernisiert, binnen kurzer Zeit erheblichen Fahrgast-zuwachs verzeichnen konnte.

Bei den von Schweer genannten Hauptzielen Energieeinsparung und Energieeffizienz kam die energetische Gebäudesanierung zur Sprache. Weil hier kein Zwang ausgeübt werden könne, wolle das Land über Wohnungsgesellschaften vorankommen.

Für Rothkegel unabdingbar

ist, dass Hessen mehr Geld in die Hand nehme. Denn das ambitionierte Ziel, jährlich zwei bis drei Prozent des Gebäudebestandes zu sanieren (derzeit 0,75 Prozent) bedeute Milliardeninvestitionen. Viele Privateigentümer aber hätten kein Interesse daran, weil Energiekosten ja auf Mieter umgelegt würden. Hier habe sein Verband aber auch keine Patentlösung parat.

„Erreichen, was zu erreichen ist“

Zu dem vom Umweltverband beklagten Schwachpunkt im Landesprogramm, die Einschränkung der energiewirtschaftlichen Betätigung von Kommunen, wies Schweer auf Bürgerkraftwerke als Ausweg hin. Ob es nicht provinzielles Denken in einer vernetzten Welt sei, wenn jedes Bundesland sich gleich das 100-Prozent-Ziel für erneuerbare Energien setze, fragte Hans-Peter Scheerer. Hier waren sich beide Referenten einig, dass diese Ziel-

setzung sinnvoll sei. Es gelte „zu erreichen, was zu erreichen ist“ (Rothkegel). Dabei müssten nicht die gesamte Alternativenergie im eigenen Land erzeugt werden, doch das setze den Bau von Leitungen voraus. Dort sah der BUND-Sprecher nicht Bürgerinitiativen als Bremser, sondern die oft mangelhaften Planunterlagen. Gerade beim Leitungsbau müsse mehr Akzeptanz durch transparente Planung geschaffen werden. Das sei auch für die Landesregierung ein wesentliches Ziel, bekräftigte Schweer.

Neben Zielwerten für Energie-sparen und Effizienzsteigerung nannte Rothkegel noch als zentrale Forderungen des BUND den Komplettausstieg aus der Atomkraft und das Auslaufen der Kohlekraftwerke. Erneuerbare Energien müssten besser gefördert werden. bjc

Energiewende-Vorstand: Helke Muster (Vorsitzende), Hans-Dieter Scherer-Gerbig (Stellvertreter), Jürgen Eick (Kassierer).